

**FREIHEIT
STATT
ÜBERWACHUNG**
Wir verteidigen
Bürgerrechte!

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**





Liebe Freundinnen und Freunde,

die verlorene Landtagswahl 2017 steckt uns immer noch in den Knochen. Doch die wirklichen Auswirkungen der Landtagswahl kommen erst nach und nach ans Tageslicht. Nach einem von Pleiten, Pech und Pannen geprägten ersten Regierungsjahr scheint die schwarz-gelbe Landesregierung nun ihre Zurückhaltung abzulegen und vollends auf einen Law&Order-Kurs umzuschwenken.

Das neue Polizeigesetz NRW spricht hier eine eindeutige Sprache der Repression. Dabei ist es in der heutigen Zeit – wir leben im Zeitalter der niedrigsten Kriminalitätsrate seit Menschengedenken – geradezu absurd, über eine Ausweitung des Sicherheitsapparats zu reden.

Dass ausgerechnet die FDP dieses neue Polizeigesetz mitträgt, ist hierbei besonders tragisch. Im Bund stellt Christian Lindner seine Partei immer als Leuchtturm der Freiheit dar. Gleichzeitig erlässt sein eigener Landesverband gerade ein Gesetz, nach dem Menschen, von denen der Staat Straftaten nur befürchtet (!), ohne Urteil in Haft genommen werden dürfen.

Dabei können wir in Nordrhein-Westfalen eigentlich fast noch froh sein. In Bayern können Menschen ohne Urteil gleich unendlich lang in Haft genommen werden.

Racial Profiling wird zunehmend legitimiert werden. Zukünftig darf die Polizei Identitätsfeststellungen völlig unabhängig von Verdachtsmomenten durchführen. Dass dies dann besonders Menschen betrifft, die keine weiße Hautfarbe haben, wird dabei wie selbstverständlich in Kauf genommen. Was für ein Hohn für jene Menschen, die in Deutschland zur Welt kommen, aufwachsen, studieren, arbeiten - und trotzdem regelmäßig unter Generalverdacht gestellt werden. Und das nur, weil die deutsche Gesellschaft nicht verstehen und akzeptieren will, dass Deutsche mehr Hautfarben haben als die Schattierungen zwischen kalk- und eierschalenweiß.

Zuletzt möchte ich noch ein Zitat unseres Parteifreunds Norbert Hense hier lassen: „Was wir Grünen uns in Landesregierungen oft viel zu selten trauen: Der Polizei auch mal wieder die Befugnisse wegzunehmen, die wir ihnen nie geben wollten. Wir versuchen zu oft nur NOCH Schlimmeres zu verhindern.“

Euer



Johannes Rehborn ist Sprecher
des Kreisverbands Dortmund.

Inhalt

| | SEITE |
|--|--------------|
| VORWORT Johannes Rehborn | 2 |
| DAS NEUE POLIZEIGESETZ Viel Symbolpolitik auf Kosten der Freiheit Verena Schäffer, Mitglied im Landtag NRW, Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion für Innenpolitik | 4 |
| GEFÄHRLICH, ÜBERGRIFFIG, VERFASSUNGSWIDRIG Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende im Bayrischen Landtag, über das Bayrische Polizeiaufgabengesetz | 5 |
| RACIAL PROFILING ... als Folge von institutionellem Rassismus erkennen und bekämpfen | 6 |
| ZUR KRIMINALITÄTSLAGE UND GEFÜHLTER SICHERHEIT Irene Mihalic, Mitglied des Deutschen Bundestages und SprecherIn für Innenpolitik | 8 |
| VON DIKTATOREN, KOLONIALMÄCHTEN UND TYRANNEN ... Der Brief aus Berlin – von Markus Kurth, MdB | 10 |
| DER NEUE VORSTAND | 12 |
| SICHERHEIT IN DORTMUND Svenja Noltemeyer, Mitglied der GRÜNEN Dortmund im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden sowie im Polizeibeirat. | 14 |
| AUF IN DEN NORDEN Die GRÜNE Ratsfraktion auf „Großer Fahrt“ ... | 15 |
| DIE SORGE DER FANS Die FANHILFE Dortmund sagt NEIN zum geplanten POLG NRW | 16 |
| ... UND SONST? ... Wichtige Ereignisse der letzten Monate | 17 |
| BERICHT VON DER LANDESDELEGIERTENKONFERENZ | 18 |
| GRÜNE Gesichter: SVENJA RÖMELT | 19 |
| DANKE JENS! | 19 |
| KONTAKT, TERMINE & IMPRESSUM | 20 |



DAS NEUE POLIZEIGESETZ

VIEL SYMBOLPOLITIK AUF KOSTEN DER FREIHEIT

Mitte Mai demonstrierten 40.000 Menschen gegen die Verschärfung des Polizeiaufgabengesetzes in Bayern. Auch in anderen Bundesländern gibt es scharfe Kritik an geplanten Änderungen der Polizeigesetze. In Nordrhein-Westfalen hat die schwarz-gelbe Regierung ein entsprechendes Gesetz eingebracht, das vor allem Symbolpolitik und kein Mehr an Sicherheit bedeutet - dafür aber heftige Einschnitte in unsere Freiheitsrechte. In einer Anhörung des Innenausschusses des Landtags Anfang Juni kritisierten viele Sachverständige den Entwurf deutlich. Burkhard Hirsch und Gerhart Baum kündigten sogar an, gegen das Gesetz zu klagen, falls es nicht geändert werde. Wegen dieser massiven Kritik sehen sich CDU und FDP inzwischen gezwungen, den Gesetzentwurf noch einmal anzupassen, und haben die Verabschiedung des Gesetzes auf den Herbst dieses Jahres verschoben.

WAS CDU UND FDP BISHER IM EINZELNEN PLANEN:

Gefährder

Mit der Einführung der drohenden terroristischen Gefahr soll gesetzlich definiert werden, wer „Gefährder“ ist. Es wird der Verdacht einer Gefahr definiert, der zeitlich weit vor der Planung einer Straftat liegt. Dieser vage Verdacht soll ausreichen, um Personen eine Fufsfessel anzulegen, sie für einen Monat in Polizeigewahrsam zu nehmen oder die Online-Kommunikation von Handys auszulesen.

Die Regelung ist verfassungsrechtlich risikoreich. Denn nach dem Bundesverfassungsgericht darf die Polizei bei Gefährdern nur Maßnahmen zur Informationsgewinnung (z.B. Telekommunikationsüberwachung) vornehmen. Für Maßnahmen der Gefahrenabwehr (z.B. Polizeigewahrsam) ist das nicht entschieden.

Der Staat als Hacker

Bei der geplanten Quellen-TKÜ, also dem „Mitlesen“ von verschlüsselter Kommunikation z.B. von WhatsApp, wird der Staat zum Hacker. Die Polizei nutzt Sicherheitslücken in IT-Systemen und installiert Trojaner auf Handys, die die Online-Nachrichten „an der Quelle“ mitlesen, noch bevor sie verschlüsselt werden. Diese Sicherheitslücken können natürlich auch Kriminelle nutzen. Zudem ist nicht sichergestellt, dass der Trojaner tatsächlich nur das macht, was er darf, und zwar die laufende Kommunikation mitlesen. Oder ob er möglicherweise auch alte Kommunikation oder sogar das gesamte Handy ausspioniert. Deshalb will Schwarz-Gelb bei der Quellen-TKÜ nun nachbessern. Die Quellen-TKÜ wird auch nicht für wesentlich mehr Sicherheit sorgen, wie der Innenminister vollmundig verspricht: Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darf die Polizei diese

Maßnahme nur in wenigen Fällen, etwa bei Geiselnahmen, einsetzen. Ansonsten gelten die Befugnisse in der Strafprozessordnung.

Haft auf Verdacht wird ausgeweitet

Das Polizeigewahrsam zur Verhinderung von Straftaten soll massiv ausgeweitet werden, obwohl der Freiheitsentzug schwerwiegend in Grundrechte eingreift und die Betroffenen keine Straftat begangen haben.

Gefährder für bis zu einen Monat einzusperren, ist zudem reine Symbolpolitik: In dieser Zeit werden Gefährder nicht geläutert sein. Auch werden sie in der Zeit nicht abgeschoben werden können, weil über 60 Prozent der Gefährder in NRW deutsche Staatsangehörige sind und bei den übrigen eine Abschiebung oft nicht möglich ist.

Bis zu einer Woche Haft zur Identitätsfeststellung

Bislang dürfen Personen zur Identitätsfeststellung bis zu zwölf Stunden festgehalten werden. Schwarz-Gelb plant eine Ausweitung bis zu einer Woche. Diese Regelung betrifft nicht „nur“ Gefährder, sondern kann letztendlich jede*n treffen. Da es nicht strafbar ist, sich nicht auszuweisen, und es keine Pflicht gibt, an der Identitätsklärung mitzuwirken, ist diese Regelung aus unserer Sicht verfassungswidrig.

Weitere Änderungen geplant

Auch die weiteren geplanten Maßnahmen, wie etwa die Ausweitung der Videobeobachtung oder die Einführung der Schleierfahndung, bewerten wir kritisch, da sie Freiheitsrechte unverhältnismäßig einschränken und kein Mehr an Sicherheit bringen.

Ausführliche Informationen findet ihr auf unserer Fraktionswebsite <https://gruene-fraktion-nrw.de/freiheitsichern>

Auch wir GRÜNE setzen uns für „mehr Sicherheit“ ein. Aber wir wollen keine Symbolpolitik, die den Bürger*innen etwas verspricht, was nicht eingehalten werden kann. Und wir sehen uns als Anwält*innen unserer Grundrechte, die nicht aus einer Stimmung der Angst heraus massiv eingeschränkt werden dürfen.

Wir GRÜNE werden das Gesetzesvorhaben deshalb weiterhin kritisch begleiten und auch eine Klage vor dem Landesverfassungsgerichtshof prüfen.

Verena Schäffer, Mitglied im Landtag NRW, ist Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion für Innenpolitik





BAYERISCHES POLIZEIAUFGABENGESETZ GEFÄHRLICH, ÜBERGRIFFIG, VERFASSUNGSWIDRIG!

Wir Grüne treten dafür ein, dass alle Menschen frei und sicher leben. Deswegen setzen wir uns für eine bessere Ausstattung der Polizei ein und verteidigen die Freiheits- und Bürgerrechte. Gerade in Bayern ist das auch dringend nötig, denn die CSU hat das bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG) erneut verschärft.

Bereits gegen die erste Novelle des bayerischen PAG klagen wir als Grüne. Nun hat die Polizei mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz von der CSU weitere verfassungswidrigen Eingriffsbefugnisse bekommen. Es steht zu befürchten, dass das bayerische PAG die Blaupause für verschärfte Polizeigesetze in Deutschland wird, denn eine ganze Reihe von Bundesländern definiert gerade neu, was die Polizei darf und was nicht.

Was sich durch das PAG ändert

Bislang galt: Die Polizei schreitet ein, wenn es eine konkrete Gefahr gibt. Jetzt gilt: Bereits bei einer „drohenden Gefahr“ kann die Polizei tätig werden. Und zwar mit weitreichenden Befugnissen: Sage und schreibe 39 Maßnahmen stehen zur Verfügung - von der Online-Durchsuchung über den Einsatz Verdeckter Ermittler bis zur Telekommunikationsüberwachung. Der Begriff „drohende Gefahr“ ist bereits mit der ersten Novellierung des PAG im Jahr 2017 in Bayern eingeführt worden. Er besagt, dass eine konkrete Gefahr gerade noch nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit bestimmbar ist, aber aufgrund gewisser Umstände bereits zu befürchten ist, dass sich eine solche Gefahr in naher Zukunft entwickeln könnte. Genauso schwammig, wie sich das anhört, ist der Begriff auch. Und darin liegt das Problem: Die Polizei und die Gerichte stellen er in der Praxis vor enorme Anwendungsprobleme. Wo fängt die Gefahr an? Reicht künftig ein vager Verdacht aus, um weitreichende Überwachungsmaßnahmen einzuleiten? Die polizeilichen Befugnisse werden ins Gefahrenvorfeld verschoben. Damit wird die Polizei den Nachrichtendiensten immer ähnlicher. Das ist auch aus verfassungsrechtlichen Gründen der falsche Weg.

Die Polizei darf jetzt DNA-Material daraufhin analysieren, welches Geschlecht, welche Augen-, Haar- und Hautfarbe, welches Alter und welche biogeografische Herkunft (also z.B. Asiatin oder Afrikaner) der/die Spurenverursacher*in hat. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits klargestellt, dass solche codierten Erbinformationen nicht untersucht werden dürfen.

Die Polizei darf jetzt unbemannte Luftfahrtsysteme (Drohnen) einsetzen. Sie können mit Kameras bestückt werden, um Ansammlungen zu filmen und zu überwachen. Durch moderne

Kameratechnik ist es möglich, aus der Luft eine große Menschenmenge detailliert zu erfassen. Das kann dazu führen, dass manche Menschen politische Kundgebungen meiden. Aber auch die eigenen vier Wände sind nicht mehr geschützt: So dürfen durch Drohnen jetzt auch Daten in Wohnungen erhoben werden.

Die Polizei macht jetzt keinen Unterschied zwischen der Durchsuchung elektronischer Speichermedien, z.B. PCs oder Tablets, und der Durchsuchung von anderen Sachen, z.B. einem Rucksack. Wenn also eine Person kontrolliert wird, weil die Polizei befürchtet, dass sie Sachen mit sich führt, die sichergestellt werden dürfen, dann darf nicht nur ihr Rucksack durchsucht werden, sondern auch gleich das mitgeführte Notebook. Und das alles ohne Richtervorbehalt.

#noPAG-Protest geht weiter

Die CSU hat das PAG nicht verabschiedet, weil wir ein Sicherheitsproblem haben. Ganz im Gegenteil: Bayern gilt als sicherstes Bundesland Deutschlands. Die CSU hat das PAG verabschiedet, weil sie sich davon Vorteile im Wahlkampf versprechen. Aber sie haben sich verrechnet, weil die Bürger*innen ihren Plan durchschauen und nicht bereit sind, ihre Bürgerrechte aufzugeben.

Es begann mit einer Demo in Regensburg und ist mittlerweile eine richtige #noPAG-Bewegung in Bayern geworden! Wochenlang gingen zigtausende Menschen gegen den Überwachungs-wahn der CSU auf die Straße! Wir Grüne haben das Gesetz im Landtag abgelehnt und klagen jetzt dagegen. Alle Infos dazu findet ihr auch auf unserer Website: www.pag-kritik.de

Katharina Schulze, Grüne Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2018 in Bayern und Fraktionsvorsitzende im Landtag - Innenpolitikerin



... ALS FOLGE VON INSTITUTIONELLEM

Racial Profiling gehört auch in Deutschland zur täglichen Erfahrung von Schwarzen Menschen, People of Color, Roma und Sinti und anderen Marginalisierten. Trotzdem bleibt es im gesellschaftlichen Diskurs ein Randthema. Lediglich bei Ereignissen wie der Silvesternacht in Köln wurde breiter über Racial Profiling berichtet. Silvester 2015/16 war es zu sexuellen Übergriffen gekommen und als Folge davon kontrollierte die Polizei in der Silvesternacht des folgenden Jahres systematisch junge Männer, die als „nordafrikanisch“ beziehungsweise „arabisch“ stigmatisiert wurden. Den medialen Diskurs bestimmten Stimmen wie des grünen Oberbürgermeisters von Tübingen (Boris Palmer), der betonte, es sei richtig gewesen, einen besonderen Blick auf „Menschen aus dem Maghreb“ zu werfen. Die unterschiedlichsten Kommentator*innen stimmten einen Rechtfertigungsdiskurs an, in dem der Polizeieinsatz weitgehend gelobt und die gravierenden Rechtsverstöße verkannt wurden.

Welche weitreichenden Auswirkungen Racial Profiling hat, wurde 2011 mit der Selbstenttarnung des neonazistischen Terrornetzwerks Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) aus Jena deutlich. Zwischen 2000 und 2007 hatten die Neonazis Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe die neun Kleingewerbetreibenden Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und die Polizistin Michelle Kiesewetter ermordet sowie Sprengstoffanschläge und Banküberfälle verübt. Trotz vielfältiger Hinweise von Angehörigen der Opfer wurde aber nicht nach rassistischen Tatmotiven ermittelt, sondern im familiären Umfeld der Ermordeten nach möglichen Verstrickungen zur organisierten Kriminalität gesucht. Statt die Verantwortlichen zu ermitteln und die Angehörigen der Getöteten zu schützen,

wurden also die Opfer zu mutmaßlichen Täter*innen gemacht. Ohne ethnisierte Vorstellungen über organisierte Kriminalität und entsprechende stigmatisierende Zuweisungen an Migrant*innen-Communities, ohne das Vorhandensein von institutionellem Rassismus und ohne das Zutun staatlicher Organe, wie dem Verfassungsschutz, wären die jahrelangen Morde des NSU-Netzwerkes wohl kaum so lang unentdeckt geblieben.

Racial Profiling ist keine Einzelercheinung, sondern eine alltägliche und systemische Erfahrung. Darauf weisen Selbstorganisationen von Menschen, die negativ von Rassismus betroffen sind, seit langem hin. Aktuell zum Beispiel in Berlin, wo die Kampagne „Ban Racial Profiling“ die Abschaffung der „gefährlichen Orte“ fordert, an denen die Berliner Polizei Kontrollen durchführen kann, ohne dass konkrete Verdachtsmomente vorliegen müssen.

In Deutschland haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Betroffene entschieden, vor Gericht gegen die Praxis diskriminierender Polizeikontrollen zu klagen. Der juristische Weg ist zwar ein langwieriger Prozess, aber er kann sich lohnen. Einigen Kläger*innen wurde vom Gericht bestätigt, dass die Kontrolle rechtswidrig war bzw. nicht dem Aufgabenbereich der Polizei entsprach. Gleichzeitig wurde jedoch in diesen Prozessen kein einziges Mal die Möglichkeit thematisiert, Rassismus könnte eine Rolle spielen. Ganz so, als ob Rassismus gar nicht existiere.

Auf Seiten der staatlichen Behörden ist noch immer ein mangelndes Problembewusstsein bzw. komplette Verleugnung in Bezug auf Rassismus zu beklagen. Das erschwert die Debatte um rassistisch geprägte Polizeiarbeit bzw. institutionellen Rassismus erheblich.



RASSISMUS ERKENNEN UND BEKÄMPFEN

Heute wird kein bedachter Polizeibeamter, kein Staatsanwalt und auch keine Richterin sich eine offene rassistische Bemerkung erlauben. Was allerdings geschieht, ist die ständige Verleugnung von Rassismus in den Institutionen und in den Tiefenstrukturen der Gesellschaft. Rassismus wird individuellen Rassist*innen und rechtsextremen Neonazis zugeschrieben. So können Institutionen als frei von rassistischem Agieren erklärt werden.

Das liegt zum einen daran, dass es in Deutschland immer noch kein allgemeines Verständnis über Rassismus gibt, das institutionellen Rassismus einschließt. Zum anderen liegt es aber auch darin begründet, dass die involvierten Sicherheits- und Ermittlungsbehörden im Grunde das Selbstverständnis der Gesellschaft spiegeln: In diesem Verständnis wird Deutschland als eine weitgehend homogene Nation imaginiert, die sich ausschließlich aus weißen Menschen zusammensetzt. Diese Imagination von Deutschen bedeutet auch, dass ein deutscher Pass nicht davor schützt, rassistisch kontrolliert zu werden.

Trotz dieser wenig optimistisch stimmenden Einschätzungen gibt es auch positive Entwicklungen. So ist es vor allem den Organisationen und Initiativen von People of Color, migrantischen und Schwarzen Menschen zu verdanken, dass zumindest im zivilgesellschaftlichen Bereich die Debatte und der Widerstand gegen rassistische Praxen zunehmen und an Sichtbarkeit gewinnen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) und die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD) sind seit vielen Jahren aktiv gegen Racial Profiling.

Wie sich die langwierige Praxis des kollektiven Widerstands auszahlen kann, zeigt die Kampagne rund um den Tod von Oury Jalloh, der 2005 in Polizeigewahrsam in einem Polizeirevier in Dessau (Sachsen-Anhalt) verbrannte. Aufgrund des Widerstands ist der ehemals zuständige Staatsanwalt inzwischen davon abgerückt zu behaupten, Oury Jalloh hätte sich selbst angezündet. Dies haben mehrere durch die "Initiative in Gedenken an Oury Jalloh" initiierte Gutachten festgestellt. Dass nun trotz der veränderten Haltung des Dessauer Staatsanwalts das Verfahren eingestellt wurde, muss allerdings als ein weiteres Indiz gesehen werden, dass der Staat kein Interesse daran hat, sich mit systemimmanentem Rassismus auseinanderzusetzen.

Tahir Della ist Vorstandsmitglied der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD-Bund) (www.isdonline.de) und verfasste zusammen mit Aktiven der Allianz gegen Racial Profiling ein Statement zur Kölner Silvesternacht 2016/17 „**Stopp Racial Profiling: Sicherheit für alle – ein Menschenrecht!**“.



ZUR KRIMINALITÄTSLAGE U

Die Angst vor Kriminalität ist real. Kriminologen weisen aber darauf hin, dass Kriminalitätsfurcht und das damit einhergehende Unsicherheitsgefühl sich vielfach auch aus anderen Ängsten speist. Das betrifft insbesondere Ängste vor sozialem Abstieg, Altersarmut, Krieg, Klimawandel und der Globalisierung. Die gefühlte Angst sagt zudem nichts über die statistische Wahrscheinlichkeit aus, Opfer einer Straftat zu werden. Hier können Daten über die Kriminalitätslage Auskunft geben.

Jedoch ist die tatsächliche Kriminalitätslage nicht so einfach zu bestimmen. Es reicht jedenfalls nicht, dass der Bundesinnenminister einmal im Jahr die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) vorstellt und daraus zu erklären versucht, wie es um die Kriminalitätslage steht. Schliesslich betonen Kriminologen so wie auch das Bundeskriminalamt seit Langem, dass die PKS tatsächlich nur sehr eingeschränkt Rückschlüsse auf die tatsächliche Entwicklung der Kriminalität erlaubt. Denn die PKS bildet einzig und allein die Fälle ab, die bei der Polizei zur Anzeige gelangen. Straftaten, die z.B. direkt bei der Staatsanwaltschaft angezeigt oder aus anderen Gründen polizeilich unbekannt bleiben, tauchen auch nicht in der Kriminalstatistik auf.

So lässt sich aus den Zahlen der PKS zu bestimmten Delikten beispielsweise in erster Linie ablesen, wie viel die Polizei im jeweiligen Jahr kontrolliert hat, bzw. in welchem Masse sie mit anderen Aufgaben beschäftigt war. Drogendelikte z.B. fallen

eher bei polizeilichen Kontrollen auf und werden nur selten angezeigt. Delikte wie Diebstahl und Raub hingegen werden der Polizei oft nur bekannt, wenn die Tat vom Opfer angezeigt wird, gleiches gilt für Betrug, Bedrohung, Wohnungseinbruch, Beleidigung und auch Sexualstraftaten. Wie häufig eine Anzeige bei der Polizei gemacht bzw. nicht gemacht wird, ist dabei je nach Delikt sehr unterschiedlich. Aus den polizeilichen Fallzahlen - die sich im Übrigen nur auf Verdächtige beziehen und nicht auf Angeklagte oder gar Verurteilte - lassen sich Rückschlüsse auf die Kriminalitätslage daher nur in Bezug auf bestimmte Delikte und unter besonderen Bedingungen ziehen.



Relativ aussagekräftig in diesem Sinne sind z.B. die sogenannten „Raubdelikte“, denn ein Raub - also die Wegnahme einer Sache mit Gewalt - wird vergleichsweise häufig angezeigt. Hier scheint das Anzeigeverhalten auch über die Jahre einigermaßen konstant zu sein. 2017 hat die Polizei in Deutschland 39.000 Fälle sogenannter „Raubdelikte“ registriert. Das ist die geringste Anzahl seit dem Jahr 1993. Den Höchststand (fast 70.000 Fälle) erreichten die Raubdelikte im Jahr 1997. Seitdem ist der Trend rückläufig. Der punktuelle Befund lautet also, dass Deutschland in Bezug auf Raubtaten sicherer geworden ist. Auch beim Wohnungseinbruch sind die Fallzahlen im letzten Jahr deutlich zurückgegangen.

Hinsichtlich der Betrugsdelikte ist die Lage jedoch anders. 2017 hat die Polizei wieder mehr Fälle von „sonstigem Betrug“ regis-



triert. Das waren zwar immer noch weniger als in den Jahren 1996 bis 2015, hierbei handelt es sich jedoch nicht um einen tatsächlichen Rückgang, sondern eher um einen Buchhaltertrick: Seit 2014 werden in der PKS bundesweit nur noch Fälle erfasst, in denen die Ermittlungen der Polizei ergeben haben, dass der Tatverdächtige in Deutschland gehandelt hat. Und nicht vom Ausland oder einem unbekanntem Tatort aus. Da Betrug aber immer häufiger per Telefon oder Internet begangen wird und in diesen Fällen die Ermittlung eines konkreten Tatverdächtigen schwierig sein kann, sagt die Zahl in der Statistik nicht mehr viel aus über das Risiko, Opfer eines Betrugs per Telefon oder Internet zu werden. Angst vor solchen Taten ist daher jedenfalls nicht weniger begründet als in früheren Jahren. Und die Bundesregierung täte gut daran, die Bevölkerung über diese Gefahren besser aufzuklären.

Eine Änderung der Erfassungskriterien ist im Übrigen nicht der einzige Einfluss, den die Politik auf die Zahlen der PKS hat. Auch jede Änderung des Strafgesetzbuchs wirkt sich aus. Denn wenn ein Tatbestand so geändert wird, dass mehr oder weniger Verhaltensweisen strafbar sind, führt dies automatisch zu steigenden bzw. sinkenden Fallzahlen.

Ein solcher Fall betrifft aktuell die Zahl der Fälle von „Vergewaltigung und sexueller Nötigung“, die laut der PKS 2017 deutlich gestiegen ist. Der entsprechende Tatbestand wurde erst Ende 2016 umfassend geändert, sodass bestimmte Handlungen seit 2017 erstmals strafbar waren. Die höhere Fallzahl ist daher nicht überraschend. Trotzdem kann die Zahl Ängste auslösen oder verstärken. Zumal ohne entsprechende Einordnung schwer zu erkennen ist, was die für ein ganzes Jahr und das gesamte Bundesgebiet erhobene Zahl konkret bedeutet. Nötig wäre hier eine wissenschaftliche Einordnung der Zahlen, wie sie im unter

Rot-Grün begründeten sogenannten Periodischen Sicherheitsbericht zu finden war. Ein solcher Bericht ist auch wichtig, um die Wirksamkeit der in der Innenpolitik eingesetzten Instrumente überprüfen zu können. Die Bundesregierung hat es jedoch seit 2006 versäumt, eine solche Bestandsaufnahme der Kriminalitätslage vorzulegen.

Dabei hat die Wissenschaft längst Instrumente entwickelt, mit denen selbst das Dunkelfeld der polizeilich nicht bekannten Fälle statistisch untersucht werden kann. Dunkelfeldstudien sowie auch Opferbefragungen sind wichtig, wenn man die tatsächliche Sicherheitslage, in der die Menschen leben, kennen will. Die Neuauflage des Periodischen Sicherheitsberichts, die wir Grünen seit Langem fordern, wäre also ein wichtiger Beitrag für eine faktenbasierte und daher tatsächlich wirksame Kriminalpolitik. Statt pauschal Gesetze aus dem Bauch heraus zu verschärfen, wie es die Große Koalition und vor allem die Union seit Jahren praktizieren. Übermäßiger Kriminalitätsfurcht liefse sich so durch Aufklärung begegnen.

Im Übrigen ist grüne Politik, indem sie die großen Themen tatsächlich angeht, immer auch ein Stück eine Politik für mehr Sicherheit, was sich ebenfalls positiv auf das Sicherheitsgefühl auswirkt. Schließlich geht nicht die CDU/CSU gegen Klimawandel und Kriege und für soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Globalisierung auf der Strafe. Sondern wir Grünen!

Irene Mihalic ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecherin der GRÜNEN Bundestagsfraktion für Innenpolitik



VON DIKTATOREN, KOLONIALMÄCHTEN UND TYRANNEN ...

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

während ich diese Zeilen schreibe, empört sich die Mehrheit der Menschen in den USA und Europa über die gewaltsame Trennung von Kindern und Eltern durch die US-amerikanische Grenzpolizei. Ein neuer Tiefpunkt des anti-zivilisatorischen Furors der Trump-Administration ist erreicht – und man muss leider annehmen, dass diesem Akt der demonstrativen Zerstörung von Humanität noch weitere folgen werden. Die Wegnahme von Kindern zählt seit Jahrtausenden zum grausamen Standardrepertoire von Diktatoren, Kolonialmächten und Tyrannen. Schon die Römer nahmen gezielt die Kinder der germanischen Stammeshäuptlinge als Geiseln. Auch wenn es scheint, dass der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika angesichts der übergroßen Ablehnung dieser Abschreckungspolitik in den nächsten Tagen etwas einlenkt, markieren die Bilder dieser Tage ein weiteres Mal die weltpolitische Zäsur, die sich vor unseren Augen abspielt: Der „Westen“ im Sinne einer Staatengemeinschaft mit – wenigstens im Grundsatz – gemeinsamen Werten und der Orientierung an den universellen Menschenrechten, hört auf zu existieren. Nun mag man (durchaus zu Recht) einwenden, dass seit dem Vietnamkrieg, dem Sturz Allendes, mit der Unterstützung mittelamerikanischer Folterdiktatoren, dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak und vielen weiteren Interventionen es ohnehin nicht weit her gewesen sei mit einer westlichen Wertegemeinschaft. Zweifellos diente die Verteidigung der Menschenrechte in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg mehr als einmal der dürrtigen ideologischen Bemäntelung hegemonialer Interessenpolitik. Die Staaten des Westens haben dem Ansehen des Kampfes um universelle Menschenrechte dadurch einen Bärendienst erwiesen und erheblich an moralischer Glaubwürdigkeit verloren, die gerade heutzutage in der Auseinandersetzung mit

Autokraten und autoritären Regimen notwendiger denn je wäre. Gleichwohl zählen bis heute die Länder des klassischen „Westens“ zum historischen Kern der Demokratien, deren Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, von der unantastbaren Menschenwürde und vom individuellen „Recht auf das Streben nach Glück“ bis heute Menschen in aller Welt als Ansporn und – ja tatsächlich – als Vorbild dienen. Und die Länder des Westens zählen trotz allem zu denjenigen, die im Innern im Grundsatz die demokratischen Rechte sichern – auch wenn es in immer mehr Staaten unübersehbare Erosionstendenzen gibt.

Vor diesem Hintergrund ist es dramatisch, wenn die bislang mächtigste Demokratie der Erde nach der Schwächung des Völkerrechts und internationaler Abkommen nun auch innerhalb ihrer Staatsgrenzen beginnt, die menschenrechtlichen Grundsätze ihrer Rechtsordnung zu zerstören. Schon Guantanamo und die Folter in den CIA-Geheimgefängnissen nach 9/11 stellten mehr in Frage als nur die individuellen Menschenrechte der als Terroristen internierten Insassen. Nicht nur der Regierung von Barack Obama war bewusst, dass mit der totalen Negierung der Gültigkeit menschenrechtlicher Prinzipien das ohnehin stets fragile Konstrukt der westlichen Wertegemeinschaft grundsätzlich in Frage gestellt zu werden drohte. Aber ohne ein zumindest im Prinzip geeintes Wertefundament würde sich auch die gemeinsame Interessenvertretung und der damit verbundene Hegemonialanspruch nicht durchsetzen lassen. Die Verschränkung von (überhaupt nicht uneigennütziger) Interessengemeinschaft und Wertegemeinschaft des Westens stellte insofern eine global wirksame machtpolitische Kulisse dar, die für mehrstaatliche Abkommen ebenso Orientierungspunkt war wie für diplomatische oder militärische Interventionen. Weder die Weltorganisation WTO noch das Pariser Klimaschutzabkommen oder das Atomabkommen mit dem Iran sind ohne den machtpolitischen Referenzpunkt „Der Westen“ denkbar.



Was wir gegenwärtig erleben ist die finale Auflösung der über Jahrzehnte dominanten machtpolitischen Struktur. Die USA sind nicht zuletzt ökonomisch nicht mehr in der Lage, ihren Hegemonialanspruch aufrecht zu erhalten. Klimawandel, Ressourcenkonkurrenz, Staatszerfall und Bad Governance beschleunigen in ihrer Verbindung und Gleichzeitigkeit die so genannten Kriege neuen Typs, die dem 30-jährigen Krieg in Deutschland eher ähneln als den Kriegen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In Syrien lässt sich nahezu exemplarisch beobachten, wie die ökologische Krise (mehrjährige Dürre in Syrien vor Ausbruch des Bürgerkriegs), der Zerfall staatlicher Strukturen (im Irak), Ressourcenkonkurrenz (Öl) und die Implosion der westlichen Hegemonie sowie die darauf folgenden Stellvertreterkämpfe um regionalen Einfluss (Russland, Iran, Saudi-Arabien) zusammenwirken können.

Was ist nun zu tun? Wir, Bündnis 90/Die Grünen in der Bundestagsfraktion, halten eine gemeinsame europäische Außenpolitik und einen Erhalt der auf Völkerrecht gegründeten multilateralen Ordnung für die einzige Chance, die gegenwärtige epochale Zeitenwende in der globalen Machtverteilung so unblutig wie möglich zu halten. Jürgen Trittin hat in einem Thesenpapier jüngst bedenkenswerte Punkte formuliert, die auch ich für zentral halte: Europa ist ein Pol – Deutschland nicht. In einer aus dem Gleichgewicht geratenen Welt kommt es auf das Gewicht an. In der multipolaren Welt kann deutsche Außenpolitik nur europäisch wirken. Dafür muss Europa „weltpolitikfähig werden“ (Juncker). Ein Schritt wäre: Weg vom Einstimmigkeitsprinzip hin zu Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik. Die Europäische Union muss ihre zivilen und zivil-militärischen Fähigkeiten ausbauen. Europa muss seine Krise überwinden. Die politische Krise ist primär ökonomisch. Deshalb muss es ein Ende der Austerität geben. Die Spaltung in Norden und Süden muss überwunden werden.

Europa muss sicherstellen, dass seine Soft Power auch wirklich Power hat. Dies geht nur gemeinsam – nicht mit deutschen Sonderwegen beim Handel, nicht mit 27 China-Politiken.

Herrschaft des Rechts durch multilaterale Ordnung. Den Rahmen für eine neue globale Ordnung können nur die Vereinten Nationen sowie multilaterale Organisationen wie etwa die WTO bieten. Es gibt keinen Weg daran vorbei – auch wenn es un bequem ist, auch wenn der Zustand und die Ergebnisse häufig ungenügend sind. Der Versuch sie zu umgehen, sich an ihre Stelle zu setzen, hat entscheidend zum Verlust globaler Governance beigetragen.

Eine „wertebasierte Realpolitik“ könnte die Politik der Zerstörung und der Hilflosigkeit eines Donald Trump eindämmen, ohne sich in die Abhängigkeit eines Putin oder Xi Jinping zu bringen. Ich weiß, dass ich Euch und Ihnen mit diesem Brief aus Berlin harten Stoff zugemutet habe. Aber so sind die Zeiten in der internationalen Politik - und sie werden noch härter. Auch für Deutschland.

Trotz allem einen schönen weiteren Sommer wünscht Ihr und Euer

Markus Kurth

DER NEUE VORSTAND

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Die Jahreshauptversammlung im März 2018 hat den Kreisvorstand für zwei Jahre neu gewählt. Als Nachfolger von Remo Licandro wurde Johannes Rehborn zum Sprecher des KV gewählt. Mit Julian Jansen, Michael Röls und Anke Weber sind gleich drei „Neue“ dabei. Der Kreisvorstand hat bei einer Klausurtagung die Zuständigkeiten neu aufgeteilt und Schwerpunkte für die kommenden zwei Jahre gesetzt.

Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit mit den Ortsverbänden und Mitgliedern! Für Ideen, Kritik, Anregungen sind wir immer offen - nehmt gerne Kontakt mit uns auf!



Katja Bender
Sprecherin

Meine Schwerpunkte im Vorstand sind ...

- Außenvertretung
- Personal
- Neumitglieder
- Bundespolitik

Politisch interessiere ich mich vor allem für ...

- Antirassismus/Rechtsextremismus
- Weltanschauung (Religion)
- Soziales

katja.bender@gruene-dortmund.de



Johannes Rehborn
Sprecher

Meine Schwerpunkte im Vorstand sind ...

- Außenvertretung
- Personal
- Website
- Social Media
- Landespolitik

Politisch interessiere ich mich vor allem für ...

- Innenpolitik
- Gesundheitspolitik
- Migration

johannes.rehborn@gruene-dortmund.de



Christoph Neumann
Schatzmeister

Meine Schwerpunkte im Vorstand sind ...

- Finanzen/Kasse
- Personal
- Neumitglieder
- Social Media

Politisch interessiere ich mich vor allem für ...

- Wirtschaft/Finanzen
- Hochschulpolitik/Wissenschaft
- Wahlrecht

christoph.neumann@gruene-dortmund.de



Kerstin Feldhoff
Beisitzerin

Meine Schwerpunkte im Vorstand sind ...

- Bundespolitik
- Genderpolitische Sprecherin

Politisch interessiere ich mich vor allem für ...

- Innen/Recht
- Kinder + Jugend
- Arbeits- und Sozialpolitik

kerstin.feldhoff@gruene-dortmund.de



Remo Licandro
Beisitzer

Meine Schwerpunkt im Vorstand ist ...
- Kommunalpolitik

Politisch interessiere ich mich vor allem für ...
- Energie
- Schule/Bildung
- Mobilität/Verkehr

licandro@gruene-dortmund.de



Lisa Schultze
Beisitzerin

Meine Schwerpunkt im Vorstand ist ...
- Kommunalpolitik

Politisch interessiere ich mich vor allem für ...
- Daten-/Netzpolitik
- Ökologie/Naturschutz/Ernährung
- Stadtgesellschaft/Ehrenamt
- Innenpolitik und Recht

lisa.schultze@gruene-dortmund.de



Julian Jansen
Beisitzer

Meine Schwerpunkte im Vorstand sind ...
- Kommunalpolitik
- Genderpolitischer Sprecher

Politisch interessiere ich mich vor allem für ...
- Schule/Bildung/Inklusion
- Soziales
- Antirassismus/Rechtsextremismus

julian.jansen@gruene-dortmund.de



Anke Weber
Beisitzerin

Meine Schwerpunkte im Vorstand sind ...
- Bundespolitik
- Ü60

Politisch interessiere ich mich vor allem für ...
- Europa
- Internationales
- Migration/Integration

anke.weber@gruene-dortmund.de



Michael Röls
Beisitzer

Meine Schwerpunkte im Vorstand sind ...
- Landespolitik - Grüne Jugend
- Social Media - Campusgrün

Politisch interessiere ich mich vor allem für ...
- Klima/Energie
- Mobilität/Verkehr/Planung
- Wohnen

michael.roels@gruene-dortmund.de

... AND LAST BUT NOT LEAST ... DAS BÜROTEAM ...



Veronika Edler

info@gruene-dortmund.de



Peter Köhler
Kreisgeschäftsführer

info@gruene-dortmund.de



SICHERHEIT IN DORTMUND

Im März verkündete der Dortmunder Polizeipräsident die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik. Danach ist die Zahl der Straftaten in Dortmund von 2016 auf 2017 um 11,76 Prozent auf 67.290 gesunken. Das ist der niedrigste Stand der Kriminalität seit 15 Jahren. Gleichzeitig gab es mit rund 57 Prozent die höchste Aufklärungsquote der letzten 20 Jahre.

DIE OBJEKTIVEN ZAHLEN SIND DAS EINE, DAS SUBJEKTIVE SICHERHEITSGEFÜHL IST DAS ANDERE.

Denn trotz sinkender Kriminalitätszahlen fühlen sich viele Menschen zunehmend bedroht. Für uns GRÜNE heißt das, beides ernst zu nehmen: Subjektive Ängste nicht bagatellisieren, aber aufgrund der objektiven Zahlen auch nicht dramatisieren.

Wo es objektiv notwendig ist, wollen wir ordnungspolitisch eingreifen. Gleichzeitig dürfen wir nicht der Gefahr unterliegen, für ein diffuses Sicherheitsbedürfnis Freiheiten einzuschränken oder aufzugeben.

Um beidem gerecht zu werden, haben wir uns in den Diskussionen der letzten Jahre dafür ausgesprochen, die öffentliche Polizeipräsenz an bestimmten Stellen der Stadt zu erhöhen. Die seit Dezember 2016 durchgeführte Videobeobachtung in der Brückstraße lehnen wir dagegen ab.

Verantwortlich für die Installation von fünf Kameras im Bereich des Konzerthauses sind alleine das Innenministerium und die Polizei. Dabei hatte diese noch im April 2016 auf eine GRÜNE Anfrage bestätigt, dass in der Brückstraße die Zahlen bei Diebstählen und Körperverletzungen in den vergangenen Jahren stark gesunken sind. Und auch im Vergleich zu anderen NRW-Städten ist die Anzahl der dortigen Straftaten eher niedrig. Trotzdem gehen Ministerium und Polizei davon aus, dass die Anzahl potenzieller Opfer dort sehr hoch und die Notwendigkeit der Kameras damit gegeben sei. Sie bestanden auf dem Feldversuch, der Rat und die Ausschüsse konnten darüber nicht entscheiden.

Die Durchführung der Videobeobachtung ist an enge Vorgaben gebunden. Sie ist durch entsprechende Beschilderung kenntlich zu machen, die Daten dürfen höchstens 14 Tage gespeichert werden und es darf zu keiner Verdrängung von Straftaten in Nebenstraßen kommen. Außerdem erfolgt die Beobachtung nur zu bestimmten Zeiten an den Wochenenden.

Bedenken haben wir vor allem wegen möglicher Verdrängungseffekte, wegen des Datenschutzes und aufgrund der Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte infolge eines immer höheren Grads an Überwachung. Viele Menschen geraten zwangsläufig ins Visier der Kameras, obwohl sie mit Straftaten nicht das Geringste zu tun haben. Außerdem: Eine Videobeobachtung verhindert keine Straftat. Wir haben auch Zweifel, ob aus dem ursprünglich einjährigen Pilotprojekt nicht ein dauerhafter Zustand werden wird, denn inzwischen laufen die Kameras bereits im zweiten Jahr. Und das, obwohl die Ergebnisse der inzwischen vorliegenden Evaluation eher ernüchternd sind. Denn die Anzahl der Straftaten ist im videoüberwachten Bereich sogar gestiegen (unabhängig davon, ob die Anlage in Betrieb war oder nicht), während sie im übrigen Stadtgebiet gesunken ist. Eine genauere Analyse der behaupteten Notwendigkeit der Beobachtung ist also dringend notwendig.

Wir gehen trotzdem davon aus, dass die Videobeobachtung auch aufgrund des neuen, viel kritisierten Polizeigesetzes NRW der schwarz-gelben Landesregierung in Zukunft ausgeweitet wird. Eine Arbeitsgruppe der Polizei sucht bereits weitere Standorte in Dortmund und denkt auch über mobile Möglichkeiten nach.

Aus GRÜNER Sicht kann ein höheres Maß an Sicherheit mit ganz anderen Maßnahmen erreicht werden. Das betrifft insbesondere die Rauschgiftkriminalität – einer der wenigen Bereiche, in dem die Zahl der Straftaten steigt. Eine Entkriminalisierung weicher Drogen und eine kontrollierte Abgabe und der Konsum harter Drogen für Schwerstabhängige unter ärztlicher Aufsicht würden nicht nur Händlern und kriminellen Banden den Boden entziehen. Auch die Beschaffungskriminalität und die illegale Prostitution würden sich verringern.

Während jedoch SPD und CDU im Rat für Verschärfungen ordnungspolitischer Maßnahmen oft schnell zu begeistern sind, werden sozialpolitische Maßnahmen vielfach mit nicht stringenten Argumentationen abgelehnt. Für uns GRÜNE schafft aber nur die Verbindung aus einer Ordnungspolitik mit Maßnahmen sowie einer guten und progressiven Sozialpolitik eine Sicherheit, die den tatsächlichen Verhältnissen und Notwendigkeiten gerecht wird.

Svenja Noltemeyer, Ratsmitglied, ist Mitglied der GRÜNEN im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden sowie im Polizeibeirat.



Auf in den Norden!

Der Dortmunder Norden mag verschrien sein – aber hier wird auch alternativ gearbeitet, gewirtschaftet, gegärtnert. Viele Bürger*innen hier sind engagiert, enormes Potenzial liegt teilweise brach. Die Stadtverwaltung fördert deswegen seit zwei Jahren über die Initiative „nordwärts“ unterschiedliche Projekte. Die GRÜNE Ratsfraktion hat sich bei einer Radtour umgesehen.

Interkulturelles Engagement und Soziale Hilfen

In Eving beheimatet ist das noch in Planung befindliche Interkulturelle Stadtteilzentrum Nord der Alevitischen Gemeinde. Es entsteht als soziales Zentrum, mit Kinderbetreuung und Seniorenbegegnung, mit Kultur und Jugendarbeit. Das Stadtteilzentrum wird von der Stadt teilfinanziert, der Verein übernimmt die Trägerschaft.

Der soziale Norden zeigt sich auch im Bernhard-März-Haus der Caritas an der Osterlandwehr. Es beherbergt ein Sozialkaufhaus, Sozialberatung und berufliche Wiedereingliederung. Im Bereich Integration und Migration hilft man beim Ausfüllen von Formularen, hält eine Rechtsberatung und eine Rückkehrberatung vor.

Urbanes Gärtnern

In der Albertstraße gestaltet eine Handvoll Engagierter das von Grünbau und Vivawest zur Verfügung gestellte Grundstück zu einer urbanen Oase um. Das Projekt „Tante Albert“ kämpft aktuell um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit, um Fördergelder beantragen zu können. Auch ein längerfristiger Nutzungsvertrag mit der Vivawest könnte davon abhängen. Zu dem Urban-Gardening-Projekt gehört auch die Kooperation mit einer benachbarten Kindertagesstätte.

Dortmund nachhaltig

Der Norden kann auch „nachhaltig“: Im Umsonstladen in der Münsterstraße 99 werden einmal im Monat alle möglichen Dinge freiwillig gegeben und genommen. Damit der Umsonstladen ein richtiger Laden mit einem dazugehörigen Lager werden kann, braucht es ein eigenes Ladenlokal, tägliche Öffnungszeiten und die Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle.

Auch im Sinne der Wirtschaft

Unter dem Dach der Wirtschaftsförderung werden in der Speicherstraße Stadthafen und Schmiedinghafen durch Investoren aufgewertet. Ziele der neuen Bebauung bzw. Umnutzung sind Büros, Gewerbe und Gastronomie, die digitale Ideenschmieden und Kreative anziehen sollen. Die Stadt richtet dort auch den Gründercampus und das Gründerinnenzentrum ein und entwickelt den „Heimathafen“ als Begegnungs- und Bildungsstätte.

Den Norden fördern!

Ob Nachhaltigkeit, Soziales oder Wirtschaft – der Dortmunder Norden ist mit seiner bunten Vielfalt auf einem guten Weg. Wer das Potenzial im Norden entfalten will, muss aber auch effektive finanzielle Förderung zur Verfügung stellen. Denn die meisten Projekte sind auf Hilfe und positive Begleitung angewiesen. Das werden wir als GRÜNE Ratsfraktion im Auge behalten!



DIE SORGE DER FANS

Als am 7. Juli 2018 über 18.000 Menschen durch die Strafen Düsseldorfs zogen, um ein wirkungsvolles Zeichen gegen das von der schwarz-gelben Landesregierung forcierte neue Polizeigesetz in Nordrhein-Westfalen zu setzen, fiel Beobachtern schnell auf, dass sich auch eine Vielzahl von Fußballfans aus ganz NRW an den Protesten beteiligten. So waren beispielsweise die Fans von Fortuna Düsseldorf, Borussia Dortmund und dem 1. FC Köln in großer Zahl vertreten und machten dabei auf kreative Weise mit großen Fronttransparenten, Fahnen oder von Trommeln begleiteten Gesängen auf sich aufmerksam.

Ihre Botschaft war klar: Auch sie sind entschieden gegen die Einführung des neuen PolG NRW, da die Sorge vor enormen Eingriffen seitens der Exekutive insbesondere in den Kurven des Landes groß ist. Ein Bild mit Symbolcharakter also, wenn sonst miteinander rivalisierende Fußballfans für eine gemeinsame Sache Seite an Seite auf die Strafe gehen.

Doch warum nehmen gerade Fußballfans die Erweiterung der Befugnisse der Polizei überhaupt als solch große Gefahr wahr? Hier könnte ein Blick auf die derzeitige Lebenswelt von Anhängern Abhilfe verschaffen:

Junge und aktive Fans stehen in einem ständigen Spannungsfeld zwischen dem Ausleben ihrer individuellen Freiheit und der von den Sicherheitsbehörden gewollten, vermeintlichen Sicherheit – am Spieltag selbst, aber auch weit darüber hinaus.

Wenn der BVB im Westfalenstadion beispielsweise vor den Ball tritt, zeigt ein Blick auf die südliche Dortmunder Innenstadt, dass sie längst nicht mehr nur bei sogenannten „Hochrisikospielen“, wie etwa beim Revierderby gegen den FC Schalke 04, nahezu hermetisch abgeriegelt erscheint. Gerade größere Fangruppen werden bei ihrer An- und Abreise zum Stadion seitens der Polizei streng auf Schritt und Tritt beobachtet, begleitet und gefilmt. Bei Auswärtsspielen gestaltet sich das gar noch exzessiver: Bei Busanreisen werden Gästefans meist schon auf der Autobahn von der Polizei abgefangen und in Richtung „Gästekäfig“ eskortiert, wohingegen sie bei Zuganreisen in der Regel schon am Hauptbahnhof von mehreren behelmteten Einsatzhundertschaften in Empfang genommen werden. Ein vorheriger, kurzer Bummel durch die Stadt oder der Besuch einer Kneipe bzw. eines Freibads? Für aktive Fans oft leider nur Utopie.

Neben den Einschränkungen auf den An- und Abreisewegen stellt zudem der von vielen aktiven Fans als unverhältnismäßig

oder gar schikanös wahrgenommene Umgang von Seiten der Polizei einen großen Konfliktpunkt dar.

So gehören „Bereichsbetretungsverbote“ beinahe zum heute gängigen Usus und dienen dabei als herausragendes Exempel für diese Wahrnehmung. Von der Polizei als Maßnahme definiert, die „potenzielle Straftäter“ von bestimmten Orten fernhält, setzen sie eine „große Wahrscheinlichkeit“ voraus, dass der Betroffene in diesem Bereich Straftaten begehen wird. Eine Definition mit gleich zwei unbestimmten Rechtsbegriffen, die in der Vergangenheit allerdings oftmals zu Lasten von aktiven Fans ausgelegt wurde.

Als Grundlage für diese und andere Maßnahmen dienen dabei die umstrittene „Datei Gewalttäter/Sport“ sowie die rechtlich sehr wackelige „SKB-Dateien“ (Dateien so genannter szenekundiger Beamter mit Daten über ca. 6.500 Fußballfans in NRW). Diese enthalten nicht nur hochsensible Informationen über aktive Fans, sondern können auch für weitreichendere Problemen sorgen, wie etwa bei der Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland. Die Praxis beweist jedoch, dass man bei weitem kein mehrfach verurteilter Straftäter sein muss, um in eine solche Dateien aufgenommen zu werden: So genügt es manchmal schon, seine Personalien im Rahmen eines Fußballspiels abgegeben zu haben, durch Lappalien wie das Anbringen von Aufklebern auffällig geworden oder schlicht zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein.

Die oben aufgeführten Schilderungen sind nur ein minimaler Ausschnitt von dem, wogegen viele Fans in Deutschland bereits heute ankämpfen müssen. Das neue PolG NRW stellt für sie dabei eine weitere, nicht unerhebliche Verschärfung dar, weil viele aktive Fans befürchten, dass die neuen Befugnisse und Instrumente der Polizei gerade bei ihnen Anwendung finden werden.

Daher steht das PolG NRW aus der Sicht der Fankurven für einen weiteren Meilenstein einer Entwicklung, die ihnen unter dem Label der „inneren Sicherheit“ die letzten vorhandenen Freiräume zur kreativen Selbstentfaltung nehmen will und ihnen damit allmählich die Luft zum Überleben abschnürt.

Die Fanhilfe Dortmund ist eine unabhängige Solidargemeinschaft gegründet von BVB-Fans für BVB-Fans. Sie berät und unterstützt Fußballfans, die Probleme mit Polizei und Justiz haben.

www.fanhilfe-dortmund.de

twitter.com/fanhilfe_do



... und sonst? ...

GEGEN DIE NAZIS auf der Straße waren am 14.04. allein in den beiden großen Demos vom Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus und von BlockaDO rund 4.000 Menschen. Wir GRÜNE waren an beiden Demos beteiligt.



Unser Landesvorsitzender Felix Banaszak (3.v.r.) besuchte im Rahmen seiner Zusammenhalts-Tour gemeinsam mit Vertreter*innen der GRÜNEN Ratsfraktion das **GAST-HAUS** und ließ sich von den Leiter*innen (Mitte) dieses Dortmunder Unterstützungsangebot erläutern.



Gemeinsam mit BUND, attac, Die.Linke, IPPNW u.a. haben wir aufgerufen zu einer **DEMO GEGEN DIE KOHLEPOLITIK DER STADT DORTMUND** und des RWE-Konzerns. Mit großem Erfolg: Rund 200 Menschen trugen ihren Protest eindrücklich vors Dortmunder Rathaus.



Beim **NEUJAHRSEMPFANG** erhielten Sebastian Müller (2.v.l.) und Hans Wiesner (3.v.l.) die silberne Ehrennadel für langjährige Mitgliedschaft. Friedrich Fufs (links) wurde für neun Jahre als GRÜNER Bezirksbürgermeister in Innenstadt-West gedankt.



BERICHT ZUR LANDESDELEGIERTENKONFERENZ JUNI 2018

Wie soll unser Landesvorstand aussehen? Wie wollen wir wohnen? Und nicht zuletzt: Wie stellen wir uns auf die nächsten Wahlen ein? Mit diesen Fragen im Gepäck machte sich die Dortmunder Delegation zur LDK (Landesdelegiertenkonferenz) auf den recht weiten Weg nach Troisdorf.

Ungewöhnlich begann die zweitägige LDK an einem Freitag. Der erste Tag stand dann ganz im Zeichen der Formalia, doch wie so oft beginnt eine LDK immer mit dem Spafs, bevor es dann an die Arbeit geht. So wurde zunächst Barbara Steffens verabschiedet: Die ehemalige Gesundheitsministerin wechselt - nach einer Karenzzeit - zur Techniker Krankenkasse und scheidet somit aus der aktiven Politik aus.

Der TOP „allgemeine politische Lage“ wurde vom Bundesvorsitzenden Robert Habeck eröffnet. Seine beeindruckende Rede wurde das ganze Wochenende in vielen Redebeiträgen aufgegriffen. Insbesondere der Rechtsruck der Gesellschaft sowie des Bundestages wurde von ihm immer wieder angesprochen. Robert machte deutlich, dass wir GRÜNE „die klare und laute Stimme für Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Offenheit“ sind.

Ohne größere Diskussion wurden dann der Vorstand von 20 auf 8 Mitglieder verkleinert und die GRÜNEN Alten als Arbeitsgemeinschaft gestärkt. Sehr beeindruckend war die Rede von Wilhelm Knabe, Bundesprecher der GRÜNEN von 1982 bis 1984 und weit über 90 Jahre alt. Den Abschluss des Abends bildete die Verabschiedung von Marianne Weiß (Landesgeschäftsführerin) und Wolfgang Rettich (Landesschatzmeister), die beide nicht mehr kandidierten. Die Landesgeschäftsstelle sang ein Ständchen und auch die eine oder andere Träne wurde verdrückt.

Ganz so schnell ging es dann aber noch nicht in die pulsierende Metropole. Es wurden noch Themen-Anträge behandelt: Unter anderem sprach sich die Landespartei einstimmig gegen das geplante neue Polizeigesetz aus. Danach ging es dann aber wirklich in die Innenstadt von Troisdorf und wir tranken das ein oder andere Bier (oder Kölsch).

Der nächste Morgen begann dann viel zu früh und mit Vogelgezwitscher. Oliver Krischer, stellvertretender Vorsitzender der GRÜNEN Bundestagsfraktion, bot ein kleines Quiz zum wach werden – und Testen der Abstimmungsgeräte – an und machte auf die Bedrohung vieler

Vogelarten durch Landwirtschaft und Klimawandel aufmerksam.

Inhaltlich starteten wir mit der Votenvergabe für die Europawahl. Terry Reintke und Sven Giegold wurden mit klaren Voten für die Europaliste bedacht. Spannend wurde es danach bei den Vorstandswahlen. Der geschäftsführende Vorstand wurde jeweils ohne Gegenkandidat*in mit Ergebnissen zwischen 70 und 80% gewählt: Mona Neubaur (Vorsitzende), Felix Banaszak (Vorsitzender), Raoul Rofsbach (Geschäftsführer) und Anja von Marenholtz (Schatzmeisterin). Auf den Plätzen für die Beisitzer*innen gab es allerdings deutlich mehr Bewerbungen als zu vergebene Plätze. Am Ende konnten sich auf den Frauenplätzen Verena Verspohl und Julia Mayer, auf den offenen Plätzen Jan-Niclas Gesenhues und Robin Wagener durchsetzen.

Mit einem klaren Bekenntnis für mehr sozialen Wohnungsbau und weniger Macht für Spekulanten im Immobilienwesen ging die LDK dann zu Ende und wir verließen Troisdorf zügig.

Christoph Neumann ist LDK-Delegierter für den Kreisverband Dortmund und als Schatzmeister Mitglied im Kreisvorstand

GRÜNE GESICHTER



**SVENJA
RÖMELT**

Wer bist du?

Ich heiße Svenja Römelt, bin 22 Jahre alt und in Hamm aufgewachsen. Ich mache in Dortmund eine Ausbildung zur Chemielaborantin und bin mit meinem Freund hier zusammen gezogen.

Du bist noch gar nicht so lang bei den Grünen?

Stimmt, noch kein Jahr. Am Abend der Bundestagswahl saßen wir mit einem Freund zusammen auf dem Sofa und haben – alle ziemlich schockiert über die Prozente der AFD und den Ruck nach Rechts – das Ergebnis diskutiert. Und festgestellt, dass wir da nicht weiter zusehen wollen, sondern selbst aktiv werden müssen. Es war irgendwie auch völlig klar, dass wir das bei den GRÜNEN tun wollen. Also hieß es: Programm lesen, nochmal diskutieren, Mitgliedsantrag ausfüllen – jetzt sind wir alle drei Mitglieder und haben es bis jetzt nicht bereut.

Wie bist du denn aufgenommen worden, wie hast du die GRÜNEN am Anfang erlebt?

Als super offen und aufgeschlossen! Schon das Frühstück für Neumitglieder vom Kreisverband hat uns gezeigt, dass wir die richtige Entscheidung getroffen haben. Die Leute, die Themen, das passte. Besonders geholfen hat der aktive Ortsverband Innenstadt-West: Der hat uns direkt zu den regelmäßigen Treffen eingeladen und wir konnten auch sofort aktiv mitmischen. Wir wurden so gar nicht als ‚politische Grünschnäbel‘ behandelt, sondern von Anfang an ernst genommen. Deshalb habe ich mich im Januar auch zur Sprecherin des OV wählen lassen, obwohl ich ja noch gar nicht lange Mitglied war.

Gratulation zur Wahl! Und was sind da deine politischen Anliegen? Was willst du bewegen?

Ein wichtiges Thema für mich ist das Tierwohl bzw. Tierschutz. Das Bienensterben bekommt aktuell große öffentliche Aufmerksamkeit und das ist auch gut so. Aber es ist nur ein kleiner Teil des Artensterbens und der Umweltzerstörungen, für die der Mensch verantwortlich ist. Und die Massentierhaltung ist eine schreckliche Entwicklung. ‚Hauptsache billig‘ ohne Rücksicht auf das Wohl der Tiere – das kann doch nicht die Zukunft sein. Hier will ich aufrütteln.

Und ich habe ein dickes Problem mit Rechtsextremismus und Rassismus. Es geht einfach nicht in meinen Kopf: Jemand, der woanders geboren ist oder anders aussieht, soll deshalb ein schlechterer Mensch sein? Ich verstehe nicht, wie man daraus solchen Hass auf andere Menschen entwickeln kann. Vom Nazi-problem in Dorstfeld hatte ich vorher zwar schonmal gehört. Aber die Realität vor Ort hat mich dann doch schockiert.

Und? Kannst du selbst was bewegen?

Wir haben uns z.B. als GRÜNER OV am Markt der Vielfalt am 14.04. in Dorstfeld beteiligt. Ob das allein so viel bewegt, weiß ich nicht. Aber ich finde es alleine schon wichtig, immer wieder Präsenz gegen Nazis zu zeigen und klar zu machen: Ich stehe hier genau für das Gegenteil eures Hasses. Nämlich für Vielfalt. Für Toleranz. Für eine Stadt, in der sich Menschen aller Kulturen zuhause fühlen dürfen.

Zu guter Letzt: Hast du eigentlich ein Vorbild?

(nach langem Nachdenken)

Ich finde Claudia Roth als politische Person interessant. Ich bin beeindruckt, wie sie zu ihrer Meinung steht. Trotz Rückschlägen, Anfeindungen, Shitstorms – sie ist sich immer treu geblieben. Sie ist Feministin schlechthin. Und ich bin vom Herzen überzeugte Feministin!

Das Interview führte Peter Köhler.



JENS WOELKI war viele Jahre lang das Gesicht der GRinDO. Nein, nicht das Grüne Gesicht am Ende jeder Ausgabe – aber diese Rubrik war eine seiner Erfindungen. Jens war der Redakteur, der hinter den GRinDO-Ausgaben steckte. Für den Kreisvorstand, für das Büroteam, für viele Mitglieder war er der leitende Kopf der GRinDO.

Über seinen Schreibtisch lief jeder Text, wurde an das Heft angepasst und sprachlich bearbeitet. Mit Jens wurden Ideen für Artikel und Titelbilder gesponnen, weiterentwickelt, mal verworfen oder eben im Heft umgesetzt. Er hat einen klaren journalistischen Anspruch an die GRinDO gestellt und so für beständige Qualität gesorgt. In seinem Kopf fügten sich Texte, Konzept und grafisches Layout zusammen, so dass am Ende immer eine runde und lesenswerte Ausgabe stand.

Jens hat uns schon im letzten Jahr mitgeteilt, dass er sich zeitliche Freiräume schaffen und deshalb das Projekt GRinDO abgeben will.

Danke, Jens, für deinen jahrelangen Einsatz für die GRinDO. Für unzählige Telefonate mit dem Büro, mit Mitgliedern, mit Artikel Schreibenden. Für das beharrliche Nachhaken, wenn viele Artikel zum Redaktionsschluss eben doch nicht vorlagen. Für kontroverse und gleichsam konstruktive Diskussionen mit dir im Kreisvorstand – am meisten und am heftigsten wohl zu den Titelbild-Entwürfen der einzelnen Ausgaben. Und für die vielen Stunden zuhause am Computer, die sicher kaum jemand bedacht hat, wenn er oder sie am Ende die fertige GRinDO-Ausgabe in den Händen hielt.

DANKE JENS!

FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST, POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

www.facebook.com/gruenedortmund

Öffnungszeiten: montags bis freitags von 10.30 bis 15.30 Uhr
donnerstags von 10.30 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer: Peter Köhler

Büromanagement: Veronika Edler

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/50 220 78 · Fax: 0231/50 220 94

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-do.de

Ansprechpartner*innen im Büro:

Sabine Pezely Fachbereiche Ökologie, Stadtplanung, Finanzen, Wirtschaft und Kultur

Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Bürgerdienste, Schule, Kinder und Jugend

Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de

TERMINE

Alle Termine im Büro des Kreisverbands, Königswall 8, immer 19 Uhr (sofern nichts anderes angegeben)

- | | | | |
|----|--------------------|--------|---|
| Sa | 08. September 2018 | 18 Uhr | -> GRÜNES Sommerfest im Westpark, Café Erdmann anschl. GRÜNES Sommerkino „Monsieur Claude und seine Töchter“ |
| Mi | 12. September 2018 | | -> (Wie) Kann man das System ALG II reformieren? |
| Mi | 19. September 2018 | | -> RESQSHIP - Zivile Seenotrettung im Mittelmeer |
| Sa | 29. September 2018 | 11 Uhr | -> Auftaktveranstaltung zur Entwicklung des Kommunalwahlprogramms 2020 |

Wir laden herzlich ein zum SOMMERFEST DES GRÜNEN KREISVERBANDS

am 08.09.2018 um 18 Uhr
in den Westpark am Café Erdmann, Rittershausstr. 40

Wir freuen uns auf euch!

Katja Bender J. Lehborn

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und mit Freundinnen und Freunden der Dortmunder GRÜNEN wollen wir es uns an diesem Abend einfach mal gut gehen lassen. Es ist Zeit zum Kennenlernen und Wiedertreffen, es gibt Raum zum Klönen und Diskutieren – und für lecker Essen und Getränke ist natürlich auch gesorgt.

Ab etwa 20 Uhr gibt es dann als Highlight ein öffentliches **GRÜNES Sommerkino im Westpark**. Open Air werden wir den Film **MONSIEUR CLAUDE UND SEINE TÖCHTER** zeigen: Eine französische Multi-Kulti-Komödie um ein Ehepaar, dessen Töchter alle Männer aus anderen Kulturkreisen heiraten.

IMPRESSUM: GRinDO ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Dortmund · Königswall 8 · 44137 Dortmund (Herausgeber) · Tel. 0231 - 12 11 71 · info@gruene-dortmund.de · V. I. S. D. P.: Katja Bender (Sprecherin) und Johannes Rehborn (Sprecher).

FOTOS: Gerd Schmedes (2, 3, 4, 6+7(Collage), 8, 9, 12+13, 14, 15 unten, 17 Hintergrund, 19 unten, 20 oben + Hintergrund unten) · BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayrischen Landtag (5) · GRÜNE Dortmund (15 oben, 17 4x, 18) · BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag (8 Portrait) · KHM Wien (10+11) · FANHILFE Dortmund (16) · Privat (19) · Peter Lewicki on Unsplash (20 Kino)

REDAKTION: Peter Köhler · **LAYOUT, GRAFIKEN:** Gerd Schmedes -> gabak artistic advice · **DRUCK:** dieumweltdruckerei.de, August 2018 · **AUFLAGE:** 1.000 Exemplare · Die Abgabe ist kostenfrei.